

Kein Grund zur Sorge?

Ein Kommentar des Vorstandes zur Brandenburger Jugendstudie

Die am 17. Februar 2021 veröffentlichte Brandenburger Jugendstudie beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenslage junger Brandenburger*innen. Die Studie wurde erstellt durch das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam (IFK) und finanziert durch das Brandenburger Ministerium für Jugend, Bildung und Sport. Es wurden 17.156 Jugendliche zwischen 12 und 22 Jahren befragt. Die Befragung fand zwischen den beiden bisherigen Lockdown-Phasen von September bis Dezember 2020 in allen Altersgruppen, Schulformen und Regionen statt.

Unsere Sichtweise auf die zentralen Ergebnisse der Studie

In den ersten Veröffentlichungen zur Brandenburger Jugendstudie werden besonders die positiven Ergebnisse hinsichtlich Lebenszufriedenheit und Zukunftsoptimismus hervorgehoben: Je über 90 % der Jugendlichen sind mit ihrer Wohnsituation, ihren Beziehungen zu Freund*innen und Bekannten sowie ihrem Verhältnis zu den Eltern „zufrieden“ oder „eher zufrieden“. Der berufsbezogene Zukunftsoptimismus erreicht den höchsten Stand seit 1983.¹ Eine sehr optimistische Einschätzung nimmt auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vor in seine Pressemitteilung vom 17.02.2021 vor.


Beschäftigt man sich jedoch mit den weiteren Ergebnissen der Befragung, lässt sich diese optimistische Einschätzung nicht aufrechterhalten. Auch wenn unter den Jugendlichen ein überwiegendes Verständnis gegenüber den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie herrscht, bewerten sie verschiedene Aspekte ihrer Lebenswirklichkeit kritisch: Dort wo die Corona-Einschränkungen stark greifen, ist die Zufriedenheit sehr wohl gesunken. Dies trifft insbesondere auf die Zufriedenheit mit den Freizeitmöglichkeiten (49,7 % der Befragten äußern eine gesunkene Zufriedenheit), mit der Schul- bzw. Ausbildungssituation (33,3 %) und mit den Beziehungen zu Freund*innen und Bekannten (22,8 %) zu.²

Ein Fünftel der Jungen und Mädchen fühlt sich vom Abstandsgebot und von den Quarantäneregelungen „sehr stark“ oder „stark“ belastet. Jede*r dritte Jugendliche empfindet den Distanzunterricht und Geschäftsschließungen als belastend. Deutlich häufiger fühlen sich die Jugendlichen – insbesondere die Mädchen – vom Kontaktverbot belastet.³

¹ Vgl. https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/corona-jugendstudie_2020.pdf, S.4.

² Vgl. https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/corona-jugendstudie_2020.pdf, S.4 und S. 9.

³ Vgl. https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/corona-jugendstudie_2020.pdf, S. 6.



Auch von Einsamkeit berichten 41,2 % der Jugendlichen. Sie fühlten sich während der Pandemie „Oft“ (17,9%) oder „Manchmal“ (23,3%) einsam („Selten“: 21,9 %; „Nie“: 36,8 %).⁴

Es wird deutlich, dass sich junge Menschen durch die Folgen und Maßnahmen der Corona-Pandemie beeinträchtigt fühlen. Ihnen fehlen Freiräume und Sozialkontakte.

Zwei weitere Aspekte der Befragung beunruhigen uns. Ein Aspekt ist die 26 % hohe „teilweise Zustimmung“ und 5,9 % hohe „völlige Zustimmung“ zu *verschwörungstheoretischen* Aussagen. Damit ist immerhin ein Drittel der Befragten Verschwörungsmythen zugeneigt. Der andere Aspekt ist das schlechte Zeugnis, das junge Menschen der Politik ausstellen. Nur wenige Jugendliche (8,6 %) stimmen „Völlig“ zu, dass Politiker*innen in Bezug auf Corona „im Interesse der Bürgerinnen und Bürger“ handeln („Stimmt teilweise“: 49,5 %; „Stimmt kaum“: 24,2 %; „Stimmt nicht“: 17,6 %). Noch weniger Befragte meinen, dass Politiker*innen bezüglich Corona genug leisten („Stimmt völlig“: 6,9%; „Stimmt teilweise“: 41,3 %; „Stimmt kaum“: 29,1 %; „Stimmt nicht“: 22,7 %).⁵

Dies deutet darauf hin, dass junge Menschen derzeit noch stärker als sonst die Erfahrung machen, nicht gehört zu werden. Vielfach nachgewiesen, verschlechtern negative Beteiligungserfahrungen das politische Vertrauen und Partizipationsverhalten. Die Corona-Pandemie könnte sich also negativ auf die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen einer ganzen Kohorte auswirken. Diese Befragungsergebnisse sollten als deutliches Achtungszeichen dafür gesehen werden, die Mitsprache junger Menschen zu verbessern und demokratische Erfahrungsräume wieder zu eröffnen.

Ergebnisse weiterer Studien: Es gibt einen Grund zur Sorge.


Andere Studien kommen ebenfalls zu weniger optimistischen Einschätzungen der Lebenslage junger Menschen.

Die JuCo-Studie 2 der Universität Hildesheim hat im Zeitraum November 2020 ähnliche Aspekte abgefragt wie die Brandenburger Studie. Die hier befragten Jugendlichen blicken sorgenvoller in die Zukunft. Über 45 % der Befragten stimmen der Aussage „eher“ oder „voll zu“, Angst vor der Zukunft zu haben, weitere 23 % haben „zum Teil“ Zukunftsängste.

Über ein Drittel der Befragten gibt an, sich in der aktuellen Situation einsam zu fühlen. Insgesamt haben über 80 % ihre Kontakte maßgeblich eingeschränkt. Die Freizeitgestaltung hat sich für 81 % der Befragten angesichts der Einschränkungen (deutlich) verändert. Etwa 70 % äußern einen erheblichen Bedarf, wieder die Möglichkeit zu haben, Hobbies wie gewohnt nachgehen zu können. Das sei derzeit nicht möglich, fehle ihnen jedoch.

⁴ Vgl. https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/corona-jugenstudie_2020.pdf, S. 8.

⁵ Vgl. ebd., S. 11.



Knapp 60 % der Befragten geben an, den Eindruck zu haben, die Situation junger Menschen sei Politiker*innen nicht wichtig und fast 65 % haben eher nicht oder gar nicht den Eindruck, dass die Sorgen junger Menschen in der Politik gehört werden.⁶

In der COPSY-Studie hat das Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf die Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie auf die seelische Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen untersucht. Im Laufe des letzten Jahres wurde zwei Mal erhoben. Vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Corona-Pandemie belastet. Ihre Lebensqualität hat sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben in der zweiten Befragung eine geminderte Lebensqualität an. Wie schon während der ersten Befragung, leidet fast jedes dritte Kind auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie noch unter psychischen Auffälligkeiten. Ängste und Sorgen haben bei den Kindern im Vergleich zur ersten Befragung noch einmal deutlich zugenommen. Sie zeigen zudem häufiger depressive Symptome sowie psychosomatische Beschwerden wie zum Beispiel Niedergeschlagenheit oder Kopf- und Bauchschmerzen.⁷

Ein breiterer Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie ist notwendig.

Junge Menschen müssen aktuell unter besonders schwierigen Voraussetzungen ihre Entwicklungsaufgaben bewältigen: Sozial handlungsfähig zu sein, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, Verselbstständigung und Selbstpositionierung. Für diese Prozesse brauchen junge Menschen – insbesondere in den biographischen Übergangsphasen – den Kontakt zu Peers, älteren Ansprech- und Vertrauenspersonen außerhalb der Familie, sie brauchen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, um sich auszuprobieren. Durch die Kontaktbeschränkungen und die Schließung von Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit ist all dies nicht zugänglich.


„Ein Jahr im Alltag von jungen Menschen hat eine andere soziale, qualifikatorische, körperliche und persönliche Entwicklungsdynamik als im Erwachsenenalter. Die Folgen der Einschränkungen in der Kindheit und Jugend schreiben sich in den biographischen Verlauf nachhaltig ein.“⁸ Nimmt man diese wesentlichen Erkenntnisse jahrzehntelanger Jugendforschung ernst, ist davon auszugehen, dass es Folgen haben wird, dass schulische und außerschulische Bildungsangebote derzeit nicht zugänglich sind.

Wir kritisieren, dass diese Zusammenhänge in der Befragung nicht thematisiert werden. Die Studie blendet wichtige Lebens- und Bildungswelten völlig aus. Die weitgehenden Einschränkungen im Bereich der Jugendarbeit werden nicht differenziert betrachtet. Zu den Folgen für ihre Lebenswirklichkeit werden die Jugendlichen nicht befragt. Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit mit ihren vielfältigen Schwerpunk-

⁶ Vgl. https://hildok.bsz-bw.de/files/1125/Rusack_Nachteile.pdf.

⁷ Vgl. <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/coronavirus/artikel/kinder-und-jugendliche-leiden-psychisch-weiterhin-stark-unter-corona-pandemie/>.

⁸ https://hildok.bsz-bw.de/files/1125/Rusack_Nachteile.pdf



ten, Angeboten, Methoden, Konzepten und Einrichtungen, aber auch Freiräume werden subsummiert unter „Freizeitmöglichkeiten“. Das wird den komplexen und wichtigen Prozessen außerhalb schulischen Lernens nicht gerecht.

Das Fehlen demokratischer Lernorte wird ebenfalls nicht beleuchtet. Jugend(verbands)arbeit als Ort demokratischer Bildung steht seit Frühjahr 2020 nur eingeschränkt und seit November 2020 nicht zur Verfügung. Demokratische Prozesse sind durch Einschränkungen im öffentlichen Leben erschwert. Gleichzeitig erstarken politische Strömungen, die offen den demokratisch verfassten Staat in Frage stellen. Diese Entwicklungen werden durch die Studie und ihre Rezeption ebenfalls nicht berücksichtigt, müssen jedoch dringend diskutiert werden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass in der Brandenburger Befragung spezifische Lebenslagen und besonders strukturell benachteiligte junge Menschen, nicht berücksichtigt werden. Die JuCo-Studie der Universität Hildesheim hingegen greift deren Situation auf: „Die anfangs getroffenen Regelungen und Maßnahmen waren oftmals für bestimmte Zielgruppen und Lebensformen nicht umsetzbar. Hier zeigte sich, dass Politik bestimmte Lebenssituationen von Personen nicht im Blick hatte. Hierauf machen die jungen Menschen in der JuCo Studie aufmerksam. Gerade Personen und Familien, die marginalisiert sind und unter prekären Lebensbedingungen leben (z.B. junge Wohnungslose, Care Leaver*innen oder junge Menschen mit Behinderungen) sowie alternative Lebensformen neben der sog. Kleinfamilie (z.B. stationäre Wohngruppen, Fernbeziehungen oder größere WGs) waren nicht im Blick. Junge Menschen, die allein leben, die sich in einer betreuten Wohnform (Jugendwohngruppen) oder in Konfliktsituationen mit Erwachsenen in ihrem Umfeld befinden, werden bisher kaum gesehen. Das Zuhause ist maßgeblich auch durch die finanziellen Ressourcen geprägt, diese Abhängigkeit hat sich insbesondere in sogenannten Bedarfsgemeinschaften in den letzten Monaten noch verschärft. Und gerade die Gruppe der Ein-Eltern-Haushalte gibt in der KiCo Studie ebenfalls an, die größten Geldsorgen zu haben. Was für die Maßnahmen und Politik gilt, ist auch ein Auftrag an die Forschung: Es werden kaum Menschen in prekären Lebenssituationen erreicht. Die online-Fragebögen waren nicht barrierefrei, sodass nicht alle jungen Menschen und Familien teilnehmen konnten. Es ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Auftrag, Menschen in prekären Lebenssituationen in Forschung und Politik sichtbar zu machen und bedarfsgerecht zu unterstützen.“⁹

Auch unter Bezug auf verschiedene Stimmen von Fachverbänden und Interessenvertretungen benachteiligter Jugendlichen wird eine Diskrepanz zu den Brandenburger Studienergebnisse und noch mehr deren positiver Interpretation deutlich. Um dies zu verdeutlichen haben wir im Folgenden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) einige Studienergebnisse sowie Stimmen aus Fachverbänden und Wissenschaft zusammengestellt:

Kinder aus Suchtfamilien | NACOA – die Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien berichtet von einer Verdoppelung ihrer Online-Beratungsanfragen von Februar bis Mai 2020. Mit den Lockerungen sind die Anfragen wieder abgesunken. Der Stress in den Familien und somit oft auch der Alkohol- und Drogen-

⁹ https://hildok.bsz-bw.de/files/1125/Rusack_Nachteile.pdf

konsum der Eltern sei gestiegen. Für die Kinder aus Suchtfamilien bedeutet dies eine noch stärkere Bedrohung durch die Folgeerscheinungen der Sucht, wie häusliche Gewalt oder Vernachlässigung. Zugleich verstärkt die Schließung von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und die Beschränkung von Kontakten die Isolation der betroffenen Kinder und Jugendlichen.¹⁰

Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund | Kinder- und Jugendliche in Gemeinschaftsunterkünften sind klar benachteiligt. Die GEW, der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), die Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl auf verschiedene strukturelle Benachteiligungen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen hin: Kindern und Jugendlichen in Sammelunterkünften fehlen technische Grundvoraussetzungen. Es fehlen Rückzugsräume. Das erschwert das Lernen zusätzlich. Es gibt keine verlässlichen Unterstützungsstrukturen. Ehrenamtliche Angebote, etwa zur Hausaufgabenhilfe, wurden stark eingeschränkt. Viele Eltern sind wegen fehlender Deutschkenntnisse überfordert, ihren Kindern beim Lernen zu helfen. Zusätzlich fehlen soziale Kontakte – mit negativen Folgen für Lernmotivation und –erfolge.¹¹

Kindeswohlgefährdung | Eine Studie des Forschungsnetzwerks Medizinischer Kinderschutz des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) befragte 159 Kinderschutzambulanzen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Fälle von Kindeswohlgefährdungen in deutschen Kinderkliniken und Kinderschutzambulanzen im März und April 2020 zurückgegangen. Das ist jedoch keinesfalls positiv zu interpretieren. Denn es wird vermutet, dass die Dunkelziffer von Misshandlung und Vernachlässigung betroffener Kinder weiter gestiegen sein könnte. Grund für die anzunehmende Vergrößerung des Dunkelfelds könnte unter anderem die durch den pandemiebedingten Lockdown fehlende soziale Kontrolle sein, die sonst zum Beispiel in Schulen oder Kitas stattfindet. Zeitweise haben auch die Jugendämter und freie Träger der Jugendhilfe wegen des Lockdowns ihre aufsuchende Arbeit deutlich eingeschränkt. Kinder haben in Zeiten der sozialen Isolation weniger Möglichkeiten, Hilfssignale zu senden.¹²


Kindern aus armen Familien | Dazu Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Sehr viele Kinder sind die Verliererinnen und Verlierer der Corona-Pandemie, das betrifft insbesondere arme Kinder. Ihre Eltern können die finanziellen und organisatorischen Belastungen der Pandemie gar nicht oder nur sehr schlecht schultern. Wenn dazu noch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geschlossen sind, das Schul- und Kitaessen wegfällt und gleichzeitig viele Tafeln nur eingeschränkt arbeiten können, hat das für arme Kinder teils dramatische Auswirkungen. Hier ist wirksame Hilfe angesagt, damit die Corona-Pandemie für sie keine langfristigen, weit über die Krise hinaus andauernden negativen Folgen hat“.¹³

¹⁰ Vgl. <https://www.jugendhilfeportal.de/familienfoerderung/artikel/nacoa-fordert-mehr-hilfe-fuer-kinder-aus-suchtfamilien/>.

¹¹ Vgl. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-die-pandemie-die-bildungschancen-gefluechteter-kinder-und-jugendlicher-verschlechert/>.

¹² Vgl. <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/kinderschutz/artikel/hoehere-dunkelziffer-an-kindeswohlgefaehrungen-waehrend-des-lockdowns-vermutet/>.

¹³ <https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/kinder-duerfen-nicht-verlierer-der-corona-pandemie-bleiben/>



Stationäre Jugendhilfeeinrichtungen | Eine Blitzumfrage unter den Mitgliedseinrichtungen des Bundesverbandes privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V. (VPK) weist auch hier auf deutliche Benachteiligungen hin. Mit den vor Corona-Zeiten verhandelten Betreuungsschlüsseln (Kinder pro Fachkraft) und Tagessätzen sind die zusätzlichen Betreuungszeiten des Distanzunterrichts nicht zu leisten. Hinzu kommt, dass die Kinder und Jugendlichen aufgrund ihrer persönlichen Vorgeschichte und der damit verbundenen Verhaltenssymptomatiken weitaus mehr Zuwendung und Motivationshilfe benötigen als andere Kinder im Distanzunterricht, die nicht einer besonderen Förderung durch Angebote der Jugendhilfe bedürfen.¹⁴

Zwei Schlussfolgerungen zur Vertretung der Interessen

Die Brandenburger Jugendstudie ist ein Beitrag zur Einschätzung der Lebenslage von Brandenburger Jugendlichen. Diese eine Perspektive reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Die Lebenswirklichkeiten junger Menschen sind unterschiedlich. Ebenso verschieden sind die Erfahrungen und Kompetenzen zur Bewältigung der Pandemie Jugendlicher Brandenburger*innen.

Um die Folgen für Kinder und Jugendliche ganzheitlich beurteilen zu können und entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten zu können, müssen zum einen in die Beratungskreise der Landesregierung zukünftig verstärkt Vertreter*innen aus Fachverbänden und Interessenvertretungen einbezogen werden. Zum anderen braucht es in künftigen Entscheidungsprozessen die Mitwirkung junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen. Bereits im ersten Lockdown haben wir gemeinsam mit anderen Verbänden der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit gefordert, dass mit jungen Menschen gesprochen werden muss und nicht über sie. In Brandenburg gibt es verschiedene Interessenvertretungen, Selbstorganisationen und Netzwerke Jugendlicher und junger Erwachsener. Sie müssen regelmäßig (analog zu den Beratungen der Landesregierung) beteiligt werden.

¹⁴ Vgl. <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/coronavirus/artikel/homeschooling-bringt-heimerziehung-ans-limit/>.